

Die Münchner Sicherheit und der Frieden

von Jürgen Heiducoff

Während die Welt auf die sogenannte Sicherheitskonferenz nach München schaute, inszenierte die Bundesregierung eine diplomatische Schau um den Krieg in der Ukraine. Es ist zunächst richtig, Waffenlieferungen an Kiew abzulehnen und eine Verhandlungslösung mit internationaler Beteiligung anzustreben. Nur erscheinen Deutschland und Frankreich als Vermittler wenig überzeugend. Sie hatten während des Putsches in Kiew eine undurchsichtige Rolle gespielt und damit internationales Vertrauen verloren. Der demonstrierte Wille, die Lage in und um die Ukraine deeskalieren zu wollen, passt nicht zur bisherigen Politik. Gut zwei Tage vor Beginn der Münchner Konferenz während des Treffens der Verteidigungsminister der NATO-Staaten stimmten Deutschland und Frankreich für die deutliche Verstärkung der schnellen Eingreiftruppe. Diese soll im Bedarfsfall näher an die russische Grenze verlegt werden – eine klare Provokation gegenüber Russland. Die Vorbereitungen laufen unaufhaltsam. Ständige Stützpunkte mit Führungs- und Logistikexperten werden in sechs osteuropäischen Staaten eingerichtet, um die Eingreiftruppe aufzunehmen. Gegen wen Spezialtruppen ihre bis zum Automatismus antrainierten Killerpraktiken zum Einsatz bringen sollen, ist damit offenkundig. Die Bundeswehr soll als die „Speerspitze“ dieser Eingreiftruppe die Führungsrolle übernehmen. Speere dienen bei der Jagd dem Angriff und der Tötung des Opfers.

„Militärisch ist diese Krise nicht zu lösen“, bekräftigte die Kanzlerin wiederholt in Bezug auf die Ukraine. Eine richtige Erkenntnis, aber keine neue. Demnach hätte die Bundesregierung wesentlich früher zu einer diplomatischen Offensive übergehen können. Und warum gilt das, was für die Ukraine richtig ist, nicht auch für alle anderen Krisen und Kriege mit deutscher Beteiligung oder Duldung? Unter dieser Bundesregierung heizt Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur Kriege und Konflikte weltweit an. Mit dem Argument, wir müssten mehr Verantwortung übernehmen, um Demokratie und Menschenrechte zu fördern, werden neue Konflikte geschaffen und

mehr Tod und Leid einkalkuliert. Die Menschen in Afghanistan, dem Irak oder in Afrika sind nicht weniger wert als Ukrainer und Russen. Mit Genehmigung des Bundestages werden Waffen an unkontrollierbare Akteure geliefert. Die militärische Ausbildung von Kämpfern immer nur einer der Konfliktparteien durch die Bundeswehr in Kriegs- und Krisengebieten im Nahen Osten, in Afrika oder Afghanistan wird ausgeweitet. Dies beendet laufende Konflikte nicht, sondern verlängert sie und weitet sie aus. Neue Kriege werden generiert! Deutschland ist wieder Kriegspartei.

Mit den Worten der Ministerin der Verteidigung zur Eröffnung der Münchner Konferenz klingt das etwas umschrieben so: „Deutschland ist bereit, international eine sicherheitspolitische Führungsrolle zu übernehmen und es ist unsere moralische Verpflichtung, mit aller Kraft für die Verteidigung der universellen Menschenrechte einzustehen. Handlungsmaxime ist die Führung aus der Mitte, das heißt selbst das Beste an Ressourcen und Fähigkeiten in Partnerschaften und Bündnisse einzubringen.“ Dabei weiß die Ministerin zu gut, dass jeglichem militärischem Engagement vorrangig wirtschaftliche und Machtinteressen einflussreicher Kräfte zugrunde liegen.

Die Münchner Konferenz und die sie begleitende PR-Show um einen Waffenstillstand in der Ukraine und die Verhinderung amerikanischer Waffenlieferungen für Kiew dienen zwei Zielen:

1. das Image der Kanzlerin als Friedensbote aufzupolieren, um der wachsenden Unzufriedenheit der Deutschen mit der gegenwärtigen Politik entgegen zu wirken und
2. von der Erweiterung des militärischen Engagements Deutschlands abzulenken.

Die Bundeswehr übernimmt die Führungsrolle der schnellen Eingreiftruppe der NATO und wird im Rahmen der Neuausrichtung weiter umgerüstet, um wieder landkriegsfähig zu werden, nachdem in den Jahren des Krieges gegen den Terror auf Aufstandsbekämpfung gesetzt worden war. Eine hohe Belastung für

Zwischenruf zum 8. März

Stürmisch, fest entschlossen, die Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft noch in diesem Jahrhundert durchzusetzen, will die Bundesregierung die letzte Etappe, sie heißt „Frauenquote“, in Angriff nehmen. Es fehlen nur noch etwa 150 Quoten-Damen in den Vorständen großer Konzerne und dann ist es bundesweit geschafft. Im Bereich der alleinerziehenden Mütter und prekär beschäftigten Frauen ist die Quote schon längst erfüllt.

Daran mangelte es in der DDR. Sie konnte den Frauen nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit, einen bezahlten monatlichen Haushaltstag, die Rente mit 60, Frauensonderstudien- und -förderprogramme sowie eine nahezu kostenlose Kinderbetreuung bieten. Aber das mit Recht. Und mit Sicherheit.

w.k.

Soldaten und Verteidigungshaushalt. Auch im Winter wird auf harte Ausbildung gesetzt. Gegenwärtig läuft beim Heer die Gefechtsübung der Panzerbrigade 12 „Grantiger Löwe“ mit Verlegung und Gefechtsschießen.

Die Reichenhaller Jäger des Gebirgsjägerbataillons 231 trainieren den Winterkampf.¹⁾

Die Sicherheit, um die es in München geht, hat mit Frieden wenig zu tun. Da geht es alljährlich um die Sicherung und Zementierung der immer ungerechter werdenden neoliberalen Gesellschaftsmodelle. Es geht um die Sicherheit der durch Ausbeutung und Betrug angehäuften Supervermögen. Es geht um die äußere und innere Sicherheit des etablierten neoliberalen Wirtschafts- und Finanzsystems. Dieses System bringt immer wieder Krisen und Konflikte hervor. Es braucht Wachstum und Kriege um zu existieren. Betrachtet man, wer sich an der Finanzierung der Münchner Sicherheitskonferenz beteiligt, werden diese Zusammenhänge klar. Neben den Steuergeldern der Bundesregierung unterstützte die Linde AG die Sicherheitskonferenz als Partner.²⁾

Zu den weiteren Sponsoren zählen u.a. auch Unternehmen der Rüstungsindustrie Krauss-Maffei Wegmann, Barclays, BMW und die Deutsche Telekom.³⁾

Es sollte der Eindruck erweckt werden, in München sei es darum gegangen, Frieden zu schaffen. Doch weder das Prinzip des Gewaltverzichts der Vereinten Nationen, noch das Friedensgebot des Grundgesetzes spielten in den Redebeiträgen eine Rolle. Die Münchner Sicherheitskonferenz war und ist das wichtigste Treffen der weltweiten Waffen-Lobby. Würde München dazu beitragen, Krisen und Konflikte zu entschärfen, zu lösen, einen nachhaltigen Frieden zu sichern, verlören die Rüstungskonzerne künftige Milliardenengeschäfte.

In einem Beitrag vor der Konferenz schrieb ich: „Die Menschen sind nicht unverbesserlich! Und die Mächtigen von München sind Menschen!“⁴⁾

Mein heutiger realistischer, aber pessimistischer Schluss lautet leider: Es ist utopisch, einen dauerhaften Frieden zu wollen, ohne die neo-liberalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen zu verändern.⁵⁾

¹⁾ <http://www.deutschesheer.de/>

²⁾ <http://www.deutschesheer.de/>

³⁾ http://de.wikipedia.org/wiki/Muenchner_Sicherheitskonferenz

⁴⁾ <https://www.securityconference.de/ueber-uns/sponsoren/>

⁵⁾ <http://www.scharf-links.de/>

**Jürgen Heiducock war Offizier
der NVA und der Bundeswehr und
ist frei schaffender Autor.**

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand begrüßte die Äußerungen von Rechtsanwalt Dr. Peter-Michael Diestel im ND-Interview vom 10.02.2015, in dem er u.a. ausführte: „Ja, die meisten der Sieger sind schlechte Sieger. Wenn die einen Kerzen in der Hand halten und beten und die anderen haben die Maschinenpistolen und Kanonen und setzen sie nicht ein, dann muss man ganz eindeutig sagen: wir alle sind den Frieden diesen Leuten schuldig. Diese Leute haben den Frieden verursacht, nicht wir mit den Kerzen.“

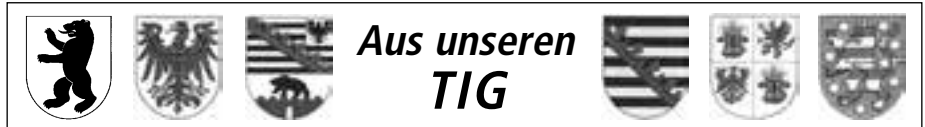
Prof. Horst Bischoff hat RA Diestel inzwischen für dessen mutige Parteinahme im Zusammenhang mit dem verantwortungsvollen Handeln der Sicherheitsorgane in den Jahren 1989/1990 den Dank des Vorstandes übermittelt.

*

Zum 80. Geburtstag des letzten Verteidigungsministers der DDR, Admiral a.D., Theodor Hoffmann, zugleich Vorsitzender des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR, übermittelt der Vorstand der ISOR seine Glückwünsche in einer Grußadresse, die durch Manfred Volland überreicht wird.

*

Peter Speck erläuterte den vorliegenden Finanzbericht für das Jahr 2014 und die Finanzplanung für das Jahr 2015. Trotz weiter sinkender Mitgliedsbeiträge verfügt ISOR über hinreichende finanzielle Reserven, um den Kampf für Rentengerechtigkeit in den nächsten Jahren effektiv fortführen zu können. Durch erhebliche Einsparungen aber auch durch eine gewachsene Spendenbereitschaft der Mitglieder stellt sich die finanzielle Lage deutlich besser dar, als sie noch vor einigen Jahren prognostiziert wurde. Die Kassenverwalter, Kassierer und Kassenprüfer haben hieran mit ihrer vorbildlichen Arbeit einen wesentlichen Anteil.



Die Vorsitzenden der TIG **Bautzen, Bischofswerda und Kamenz** danken unserem Vorsitzenden, Horst Parton, für seinen Artikel in der Januar-Ausgabe und schreiben:

Um wichtige Aufgaben gemeinsam zu beraten sowie die richtigen Schlussfolgerungen an unsere Mitglieder weiter zu geben, haben sich die Vorstände unserer TIG enger zusammengeschlossen. Damit soll erreicht werden, dass nicht jede TIG sich selbst ihren Weg sucht, sondern wir gemeinsam innerhalb der ISOR als geschlossene Mannschaft auftreten. Aus diesem Grunde haben sich nach dem Erscheinen Deines Leitartikels alle drei Vorsitzende spontan entschlossen, Dir für Deine wegweisenden Worte herzlich zu danken.

Was wir aus Deiner Feder in der ersten Ausgabe unserer **ISOR aktuell** des Jahres 2015 lasen, löste nicht nur bei uns einen „geistigen Tsunami“ aus.

Dieser Leitartikel räumt alle Zweifel und wackelnde Gefühle weg. Es macht uns alle samt wieder richtig stolz, Mitglied der ISOR zu sein. Dieser „herzerfrischende Frühlingsturm“ ist die objektive Widerspiegelung der realen Tatsachen unseres Bündnisses mit anderen Sozialvereinen im gemeinsamen Kampf gegen Sozialabbau und Rentenstraftrecht. Er klärt uns nicht nur auf, er weist uns den weiteren Weg, der uns zum Sieg verhelfen muss.

**Peter Bormann, Achim Thielemann,
Dieter Rosenkranz**

*

„Was führt sie zu mir?“, war die erste Frage, die der gestandene DDR- Bürger, Mitglied in der damaligen CDU und ihres zentralen Vorstandes, in dem Gerald Götting den Vorsitz führte, außerdem noch Schöffe am Gericht und Vorsitzender einer Produktionsgenossenschaft an mich richtete, als ich in Güstrow die Gelegenheit nutzte, die „Bürgersprechstunde“ des nunmehrigen CDU-Bundestagsabgeordneten, Eckhardt Rehberg, aufzusuchen. Meine Devise ist: Man wird doch fragen und sagen dürfen, denn die Meinungsfreiheit ist eine schätzenswerte demokratische Errungenschaft. Also fragte ich ihn zu Beginn, auf welchen Personenkreis er seine zitierte Aussage in der „Schweriner Volkszeitung“ Anfang der 90er Jahre bezogen wissen will: „Mit Protagonisten setze ich mich nicht an einen

Tisch.“ Trifft das auch 25 Jahre nach der Einheit zu? Sekundenschock und dann die Reaktion: „Mit ISOR und ihren Mitgliedern wird es niemals ein Gespräch geben.“ Und nachdem ich meine Funktionstätigkeit in ISOR offenbarte. „Dann ist das Gespräch sofort beendet.“ Ich sei, bekannte ich, aber auch Bürger dieses Landes, nehme soeben meine Bürgerrechte wahr und möchte Probleme des politischen und sozialen Alltags ansprechen. An der Gesichtsverfärbung des Abgeordneten glaubte ich zu erkennen, dass ihn dieser Moment peinlich berührt. Er war niemals zimperlich, wenn er mit harten Bandagen ohne Rücksicht auf Personen gegen linksorientierte Kräfte focht. Offensichtlich hatte er mit einer solchen Begegnung nicht gerechnet.

Wo es nun aber nicht zu ändern war, kamen die Themen Rentenangleichung, bürokratische Praktiken in der Sozial- und Gesundheitspolitik, Mindestlohn und auch seine Abneigung gegen ISOR zur Sprache. Mein Eindruck: Herr Rehberg lebt in seiner Welt, die weit von der realen Basis entfernt ist. Schließlich „boome“ die Wirtschaft und das sei entscheidend. Seine Ablehnung von ISOR begründete er mit seinen Wertevorstellungen und dem Blick auf die „Opfer“ in der DDR. Daran ändere auch nichts die Tatsache, dass es die bewaffneten Kräfte der DDR waren, die 1989 die Waffen ruhen ließen und so die „friedliche Revolution“ ohne Opfer ermöglichten.

Wie auch immer, in 45 Minuten kann man keine ideologischen Mauern einreißen. Aber einen Tabubruch bewirken.

**Walter Krüger,
Güstrow**

Bei anderen gelesen

Bund der Rentner und Ruhestandsbeamten Sachsen bei der Ostbeauftragten der Bundesregierung

**„Wir haben noch Fragen,
Frau Staatssekretärin“**

**von Hans Peter Klotzsche und Rita
Kiriasis-Kluxen**

In den sitzungsfreien Wochen des Deutschen Bundestages wirken die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen. So auch Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer.

Wir trafen die Staatssekretärin in Weimar, zu Beginn des neuen Jahres. Das Gespräch hatte Peter Heide, Landesvorsitzender der Thüringer Seniorenvertretung auf Anregung von Rita Kiriasis-Kluxen, Landesvorsitzende des Seniorenverbandes des BRH Sachsen, vermittelt.

Die Gesprächsatmosphäre mit den Seniorenvertretern aus Sachsen und Thüringen war sehr entspannt und auf Fragen fokussiert, welche unsere Mitglieder zunehmend bewegen.

Beispielsweise sagte die Bundeskanzlerin auf dem Festakt „125 Jahre Gesetzliche Rentenversicherung“ am 2. Dezember 2014 zur Rentenwertangleichung:

„Wir wollen die noch bestehenden Unterschiede im Rentenrecht zwischen Ost und West überwinden und die vollständige Angleichung der Rentenwerte auf absehbare Zeit herbeiführen. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, den Fahrplan in einem Gesetz festzulegen und die Angleichung möglichst bis zum Ende des Solidarpaktes vorzunehmen.“

Die Einfügung des Adverbs „möglichst“ relativiert die festgelegte Zielstellung deutlich. Unser Gesprächsansatz mit der Staatssekretärin Iris Gleicke war deshalb: Die Mitglieder der von uns vertretenen Seniorenverbände sind hochbetagt und befürchten, dass die gefühlte biologische Lösung für sie greift und bereits handlungsleitend ist.

Zur Beurteilung der Lage der Älteren in den Ost- und Westdeutschen Bundesländern wird nicht selten der Vergleich der Durchschnittsrenten herangezogen die meist höheren Werte im Osten werden mit längeren Erwerbsbiografien in der DDR begründet. Das ist auch das Indiz dafür, dass es derzeit keinen Handlungsbedarf für die Bundesregierung gibt, die Rentenüberleitung auf den Prüfstand zu stellen.

Auch der Koalitionsvertrag „Deutschlands Zukunft gestalten“, bietet in dem Abschnitt: „Für soziale Sicherheit – Angleichungsprozess Ost-West fortsetzen“, ein hinreichend großes Feld der Interpretation.

Deshalb werden wir Senioren wohl mal fragen dürfen, in diesem Fall: die Staatssekretärin Iris Gleicke.

Wird in der Regierungskoalition an dem Renten-Überleitungs-Abschlussgesetz gearbeitet? Versteht die Bundesregierung unter dem Rentenüberleitungsabschlussgesetz ausschließlich den Abschluss der zeitlich gestreckten Rentenwertangleichung? Welche Zielstellungen verfolgt die Bundesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode, um die entstandenen Überführungslücken, der nicht abschließend, oder

nur vorübergehend geregelter Sachverhalte, zu schließen?

Folgt die Bundesregierung dem Vorschlag einer „Umbasierung der rentenrechtlich relevanten Größen auf bundeseinheitliche Größen“?

Wird gewährleistet, dass bei einer Aufhebung der Ost-West-Differenzierungen im Rentenrecht zur Angleichung der aktuellen Rentenwerte, die Eigentumsposition der heutigen Rentner und die bereits begründeten Rentenanwartschaften künftiger Rentner gewahrt werden?

Welche Schritte werden von der Bundesregierung eingeleitet zur Erreichung der Rentenwertangleichung? Der Rentenversicherungsbericht 2014 beschreibt die mittelfristige Entwicklung der Angleichung des Rentenwertes der neuen Länder an den Rentenwert der alten Länder, bis zum Jahr 2018. Die Entwicklung zu einer Angleichung der Rentenwerte ist aber nur marginal, wenn dem rentensystematischen Zusammenhang gefolgt wird.

19 Berufsgruppen wurden bei der Rentenüberleitung nicht ausreichend oder gar nicht berücksichtigt. Nicht zu vergessen die „geschiedenen Frauen“. Diese Gruppen Betroffener wenden sich ab von einer gesellschaftlichen Mitwirkung. Wie will die Politik der Bundesregierung diese Menschen noch erreichen?

Die Fragen waren gestellt und die Antworten der Staatssekretärin:

Bitte treten Sie mit uns in Kontakt und wir stellen Ihnen sehr gerne die Antworten und den 3 - Punkte - Plan zur Verfügung.

Die Seniorenvertreter aus Sachsen und Thüringen konnten resümieren: Auf viele Fragen haben wir fundamentierte Antworten aus berufenem Munde erhalten und unsere Gesprächsbereitschaft haben wir signalisiert. Wir mussten aber auch erkennen, dass nicht alle Antworten unseren Vorstellungen entsprachen und einige Erwartungen gegenwärtig politisch (noch) nicht umsetzbar sind. Zur politischen Lösung der angesprochenen Problematik stellte die Ostbeauftragte der Bundesregierung den Gesprächsteilnehmern ihren Fahrplan in 3 Punkten vor.

Und wie können wir, die Seniorenverbände, dieses Bemühen unterstützen, so die Frage von Rita Kiriasis-Kluxen an die Staatssekretärin? Antwort: „Die Verbände in Ostdeutschland können sehr wohl das gesellschaftliche Interesse verdeutlichen und die notwendige politische Debatte darüber führen.“

© Hans-Peter Klotzsche,
Rita Kiriasis-Kluxen

Aus der Postmappe

Danke für eure wertvolle Arbeit; Dank an Horst Parton für seinen Mutmacher-Leitartikel. Mich beschäftigt die Frage nach dem WIE der Mitgliedergewinnung immer wieder. Sicher gehören Vertrauen, Geduld, Ausdauer und Vorbildwirkung dazu, um Passivität, Resignation, Desinteresse zu überwinden. Bei uns in Potsdam kamen am 18.1.2015, 11 Uhr zur Liebknecht-Luxemburg-Ehrung ca. 120 Menschen. Etwa zehn Prozent davon waren ISOR-Mitglieder. Mit anderen Worten: Etwa 90 Prozent unserer Ehemaligen nahmen nicht daran teil. Mit Vorwürfen werden wir niemanden aktivieren.

Wir müssen diesen Menschen Mut machen, ihnen gedanklich helfen, sich wieder einzubringen.

Seit einem halben Jahr trifft sich am Potsdamer Landtag jeden Montag eine Friedensmahnwache von 18 bis 20 Uhr und stellt antifaschistische, antikapitalistische Forderungen und wird von den konzernabhängigen Medien totgeschwiegen oder verleumdet. Zu den überwiegend jungen und „mittelalten“ 30 Teilnehmern zählen auch drei Ehemalige. Das ist gut und wäre noch besser, wenn noch mehr ihre Solidarität bekundeten. Die Kriegsgefahr geht uns alle an. Karl Liebknechts Satz „Der Feind steht im eigenen Land“ ist noch immer zutreffend. Die Friedenswinter-Bewegung braucht Unterstützung.

Horst Jäkel, Potsdam

*

Ich melde mich mit einer Lesermeinung zu Wort. Bezug Ausgabe 2/15 -Petition-

Als ehemaliger Angehöriger der DDR Zollverwaltung freue ich mich darüber, dass ein weiterer Erfolg im Kampf gegen die Rentenungerechtigkeit erreicht wurde. Die Abgabe und vor allem die Bearbeitung dieser Petition zeigt, dass nie aufgegeben wurde. Ich bin überzeugt, dass weitere positive Ergebnisse folgen werden.

Nach wie vor wünsche ich allen viel Erfolg, dieses Anliegen bald positiv zu beenden. Ich freue mich schon auf die nächste Ausgabe, um über weitere Ergebnisse Kenntnis zu erhalten.

Desweiteren möchte ich auch positiv die guten Buchempfehlungen bewerten.

Siegfried Tietz, Altenberg/Sachsen

*

Ein Freund, Berufskollege, Vertrauter seit vielen Jahrzehnten, nach dessen Namen eine Stadt in

der DDR benannt wurde, hat in seiner „Kritik des Hegelschen Staatsrechts“ (geschrieben im Sommer 1843, MEW 1 Seite 257) die gesetzgebende Gewalt als jene Gewalt beschrieben, die das „Allgemeine zu organisieren“ hat. „Sie ist die Gewalt der Verfassung. Sie greift über die Verfassung. Sie hat der gesetzgebenden Gewalt Gesetze gegeben und gibt sie ihr beständig...“

Einige Zeit später!! Am 5. Juni 1945 18.00 Uhr, nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus erklärten die Alliierten-Siegermächte ihre „politischen, verwaltungsmäßigen, wirtschaftlichen, finanziellen, militärischen und sonstigen Forderungen, ... die sich aus der vollständigen Niederlage Deutschlands“ ergaben.

Anders als das Bundesfassungsgericht Jahrzehnte später feststellte, hörte das Deutsche Reich auf, zu existieren. Ein „Verfassungsminister“ ich glaube es war Innenminister Höcherl, erwähnte einmal, dass er nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen könnte. Er konnte deshalb auch z.B. die Fortexistenz dieses faschistischen Staates im GG für die BRD nicht kennen.

Da die ISOR-Lesenden das GG für die BRD auch nicht unterm Arm tragen, möchte ich den offiziell letzten Artikel 146 in vollem Wortlaut zitieren. Dieser Artikel wurde im Zusammenhang mit dem sog. Einigungsvertrag am 23. September 1990 geändert und erhielt folgende Fassung:

„(Geltungsdauer des Grundgesetzes)

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Nebenbei möchte ich bemerken, dass das GG für die BRD 58 Mal in insgesamt 203 Artikeln, davon einige mehrmals geändert, eingefügt und aufgehoben wurde. Stand November 2012.

Es bleibt also dabei: Das GG der BRD ist die modernste Verfassung der Welt (frei nach Volkmar Kauder/CDU). Der Zentrale Runde Tisch setzte im Dezember 1989 eine Arbeits-

gruppe ein, die bis April 1990 (jährt sich zum 25. Mal!!) einen Verfassungsentwurf für die damals noch bestehende DDR erarbeitete. Was ist übernehmenswert in eine Gesamtdeutsche Verfassung?

Im Einigungsvertrag regelt der Artikel 5 „Künftige Verfassungsänderungen“. Den Regierungen der Vertragsstaaten (DDR und BRD-K.E.) wird empfohlen, „sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen, insbesondere mit der Frage der Anwendung des Artikels 146 des Grundgesetzes und in deren Rahmen einer Volksabstimmung.“

Am 23. Mai 2012 wurde in Potsdam eine Erklärung verabschiedet, die sich mit Fragen befasste ob „Deutschland in bester Verfassung“ ist, das Grundgesetz für die BRD „ein ewiges Provisorium“ bleibt und was gehört in eine Gesamtdeutsche Verfassung?

Klaus Emmerich, Edertal-Mehlen

*

Lesenswert

Klaus Blessing/Manfred Manteuffel

Der Falsche Mann? Neue Fakten und Merkwürdigkeiten

Edition Berolina, Berlin 2015
ISBN 978-3-95841-012-1 96 Seiten,
Preis 8 €

Nach ihrem seit 2013 in nahezu 20.000 Exemplaren verkauften Buch „Joachim Gauck, der richtige Mann?“ stellen die Autoren eine ergänzende Publikation vor. Sie enthält neue Fakten, die nicht zuletzt Leser des ersten Buches beisteuerten. Auch hierbei beschränken sie sich auf Beweisbares. Damit stehen sie natürlich im Widerspruch zum veröffentlichten Bild über den ersten Mann im Staate und werden auch weiter von den gleichgeschalteten Medien der



Bundesrepublik Deutschland totgeschwiegen. Das Buch kann auch zum o.g. Preis zzgl. Versandkosten über die Geschäftsstelle bestellt werden.

W.S.

*

Von Mitglied zu Mitglied

Ganzjährig komf.**** FeWO für 2 Pers. in Sellin/Rügen in ruhig. Lage, 250 m zum Süstrand. Parken am Haus. NR; keine Haustiere. Tel. 038303 86789 Fax #98500, mob.015209805529. www.achsnick.de

*

Vermiete gemütliche kleine Fewo /Parterre/ ganzjährig für 2 Pers. in Koserow/ Usedom unweit von Ostsee und Wald ab 30 €/ Ü. Tel. 03837740091

Uns wurde bekannt, dass das Sozialgericht Detmoldt sich in einem dort anhängigen Verfahren gem. § 7 AAÜG an das Bundesverfassungsgericht gewandt und die Auskunft erhalten hat „Derzeit ist nicht absehbar, wann mit einer Entscheidung in diesem Verfahren gerechnet werden kann. Es ist hier dafür Sorge getragen, dass Sie über den Ausgang des Verfahrens Nachricht erhalten.“



Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Sinnwahrende Kürzungen bleiben vorbehalten.

Redaktionsschluss: 25.02.15

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.03.15

Einstellung im Internet: 02.04.15

Auslieferung: 09.04.15

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC BELADEVXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15